

KOOPERATIONSDREIECK ZAGREB – SARAJEVO – BELGRAD

(von Jadranka Ivančić)

Zagreb – Sarajevo – Belgrad auf dem Weg nach Europa, so hieß der Titel der am 16. Januar 2004 in Zagreb durchgeführten Regionalkonferenz.

Als den wichtigsten Erfolg konnte die Konferenz verbuchen, dass die Initiative für das Unterzeichnen eines Vertrags über die Zusammenarbeit, oder genauer, eines Vertrags über ethnische Toleranz, ergriffen wurde. Man hatte sich schon vor dieser Konferenz über den Inhalt dieses Vertrags geeinigt, dem nun noch die letzten Unterschriften fehlen. Dieser „Rahmenvertrag“, der vom Zentrum für Regionalismus in Novi Sad erarbeitet und von Jovan Komšić, dem Koordinator dieses Projekts, vorgestellt wurde, muss nun ein ordnungsgemäßes Prozedere in der Administration der drei Hauptstädte und den Stadträten durchlaufen, was um die zwei Monate dauern könnte. Die Hauptprinzipien des Vertrags sind die Festigung des Minderheitenschutzes, die Förderung einer auf dem Rechtsstaat beruhenden Kultur und das Reduzieren von Hassparolen, von Xenophobie und von jeglicher Art ethnischer und religiöser Intoleranz. „Die Hauptstädte können zur Stabilisierung der Gesamtregion beitragen“. Leider haben in Serbien die Radikalen gewonnen, aber es existieren trotzdem Kräfte, die das Schließen der Grenzen verhindern werden“, sagte Aleksandar Popov, der Leiter des Zentrums für Regionalismus aus Novi Sad.

In Hinsicht auf die Atmosphäre, die bei dieser Zusammenkunft herrschte, zweifelte keiner der Teilnehmer daran, dass der Vertrag angenommen wird, außerdem hätten schon vor zwei Jahren die Städte Osijek, Tuzla und Novi Sad so einen Vertrag unterschrieben.

Die Konferenz, auf welcher über die Zusammenarbeit der drei Hauptstädte und über die Toleranz zwischen den Menschen und Völkern des „Daytoner Dreiecks“ diskutiert wurde, versammelte Vertreter von Zivilorganisationen und Bewegungen aus Zagreb, Sarajevo und Belgrad. Organisator der Konferenz war neben der Konrad-Adenauer-Stiftung das Zentrum für Regionalismus in Novi Sad. Der Vorsitzende des Zagreber Städteausschusses für Minderheiten Zoran Pusić leitete die Konferenz.

Christian Schmitz, der Leiter der Außenstelle der Konrad-Adenauer-Stiftung in Zagreb betonte, dass die Stiftung Initiativen, die das Ziel der Zusammenarbeit und der Toleranz zwischen den Ländern Südosteuropas vertreten, gerne unterstützt. Der stellvertretende Chef des Regionalbüros der OSZE in Zagreb, Robert Becker, betonte, dass nach tragischen Erfahrungen des Hasses und Krieges in der Region jetzt „Zusammenarbeit und Toleranz nicht nur möglich erscheine, sondern dass sie bereits verwirklicht würde“.

Kurze Vorträge hielten unter anderem die Vorsitzenden der Stadträte Sarajevos, Mira Vinterhalter, und Belgrads, Radmila Hrustaković. Außerdem war auch die Bürgermeisterin von Zagreb, Vlasta Pavić, anwesend. Das Wort ergriff auch Maja Razović-Kocijan im Namen des kroatischen Präsidentenbüros und Hidajet Bišćević, Sekretär im kroatischen Außenministerium, im Namen der kroatischen Regierung und des Premiers Ivo Sanader. Der kroatische Präsident Stjepan Mesić hatte am Abend zuvor die Vorsitzende des Stadtrates von Belgrad, Radmila Hrustanović, die ihn über die Initiative und Zusammenarbeit der drei Hauptstädte sowie über die Aktionen, die in diesem Sinne unternommen werden, bekannt machte, empfangen.

„Dieses gemeinsame Gebiet hat uns unser Schicksal zugeteilt, und wir müssen es im Interesse unserer Mitbürger und zukünftiger Generationen so gut wie möglich teilen. Diese drei Hauptstädte sollten die Vorreiter auf dem Weg in ein gemeinsames Europa sein. Lasst uns den Prozess der gegenseitigen Verständigung beginnen, dessen Resultate als Muster einer weiterentwickelten regionalen Zusammenarbeit in der gemeinsamen europäischen Umlaufbahn dienen werden.“ Diese abschließenden Wörter von Morana Paliković-Gruden, der Vorsitzenden des Zagreber Stadtrates, könnten auch die Schlussfolgerung dieser Zusammenkunft, welche einige auch als geschichtlich bezeichneten, sein. Man war sich ebenfalls einig darüber, dass die regionale Zusammenarbeit eine Bedingung für den Beitritt in die EU sei.